Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 2 | Erscheint Sonntags. Bezugspreis monatlich 20 Pf. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten. | Berlin, den 13. Januar 1924 | Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breitestr. 8/9 IV. Fernruf: Merkur 8529. Anzeigen werden nicht aufgenommen. | 40. Jahrgang

Zum Kampf um die Arbeitszeit.

Dr. A. B. Die Not der arbeitenden Bevölkerung ist trotz Markstabilisierung und eines nicht unbeachtlichen Preisabbaues aufs höchste gestiegen. Eine Familie, die nie soviel Mittel hat, um das auszugeben, was sie zu ihrer Erhaltung unbedingt braucht, geht unfehlbar dem sicheren Ruin entgegen. Und auch unser ganzer durch jahrelange Entbehrungen und gewaltige seelische Dauerbelastung zermürbter Volkskörper muß der Auflösung anheimfallen, wenn der Verbrauch ständig größer bleibt als die tatsächliche Kräftezufuhr gestattet. Die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit läßt erkennen, daß bei uns weniger produziert wird als der aufs Aeußerste eingeschränkte Verbrauch verlangt. Die Existenz jedes Kulturvolkes aber wird auf die Dauer nur garantiert durch seine produktionsschaffenden Werte und Kräfte. Das einzige Heilmittel für uns ist deshalb eine Produktionssteigerung. Kein Volk wird uns helfen, wenn es nicht überzeugt ist, daß es vor allen Dingen damit sich selbst hilft. Wir aber können niemand helfen, ja, wir können glücklich sein, wenn es uns überhaupt gelingt, über die schwere Gegenwartskrise hinwegzukommen. Nur wenn wir uns selbst helfen, können wir auf Hilfe von außen rechnen. Unsere einzige Rettung bleibt demnach die Mehrleistung.

Soweit kann man mit jedem ehrlich und gerecht denkenden Volkswirtschaftler einig sein. Aber schon über das Wie der Mehrleistung müssen die Meinungen je nach der persönlichen Einstellung auseinandergehen. Unsere Scharfmacher sehen die Möglichkeit einer Gesundung unserer Wirtschaft nur in einer Verlängerung der Arbeitszeit, in einem möglichst scharfen Lohnabbau und in der Befreiung der Unternehmungen von allen sogenannten „unproduktiven Belastungen". Geht es nach ihrem Willen, dann soll die Arbeiterschaft, wie nunmehr schon seit einem Jahrzehnt, alle erforderlich werdenden neuen Lasten allein auf ihre Schultern nehmen. Aus diesem Bestreben heraus appelliert man an die Einsicht und an das Verantwortungsgefühl der Arbeiterschaft gegenüber dem Wohl des Volksganzen, um diese zur Preisgabe der wichtigsten, ja fast der einzigsten großen Errungenschaft der Revolution, des Achtstundentages, zu bringen. Wie sieht es nun mit der Berechtigung dieser Forderung nach der menschlichen, moralischen und gesundheitlichen Seite hin aus?

Der Verbrauch der Kulturmenschheit an fast allen Artikeln des täglichen Bedarfs ist in ständig beschleunigtem Tempo gestiegen. Die handwerksmäßige Herstellung der Waren wurde abgelöst durch die maschinelle Fabrikation. Die Technik nahm unter dem Drängen der Verhältnisse einen rapiden, kaum verfolgbaren Aufschwung. Immer breitere Schichten des Volkes wurden Lohnangestellte und Beamte der Unternehmer. Die gehäufte Arbeitsenergie der mitteleuropäischen Völker reichte nicht aus, den Bedarf zu decken. Man ging dazu über, die Summe der Arbeitszeit dadurch zu vergrößern, daß man aus südlicheren Gegenden Arbeitskräfte heranzog, so den natürlichen Arbeitstag dieser Ausländer in einem kühleren Klima verlängernd. Auch dies konnte nur für kurze Zeit helfen.

Die schon vor dem Kriege deutlich erkennbare weitere Steigerung der Ansprüche ließ erkennen, daß man einseitig und kurzsichtig über der Maschine den Menschen vergessen hatte. Die Organisation, die Spezialisierung, die Präzision und die Energie der unbelebten Betriebsmittel war der Grenze erkennbarer Entwicklungsmöglichkeiten bereits bedenklich nahe gekommen, als man sich endlich darauf besann, daß auch der Mensch der Aufmerksamkeit wert sei, daß hier gewaltige Energien mobilisiert werden könnten. Der Mensch im Betriebe war eine Zahl, ein Betriebsmittel, das vorwiegend zahlenmäßig verteilt wurde. Er war ein mehr oder weniger uniformer Artikel, der nicht amortisiert zu werden brauchte, der sich der Maschine anzupassen hatte. Der Zufall der Geburt und der Wohnstätte waren die wichtigsten Faktoren bei der Berufswahl. Und dabei ist jeder Mensch eine Individualität und dabei hängt die Leistung eines jeden einzelnen zum weitaus größeren Teile von Trieben und Wünschen nach einer bestimmten Beschäftigung ab. Für jeden Menschen gibt es unter den mehr als 10 000 Kulturberufen einen, auf dem er, beruflich befriedigt, tatsächlich wesentlich mehr leisten könnte und würde. Neben der Arbeitsrationalisierung muß eine großzügige Organisation der Berufsberatung und der Berufszuweisung erfolgen. Hier ist ein Weg, auf dem uns mit geholfen werden kann, auf dem auch der deutsche Arbeiter mithelfen will und kann, weil dadurch auch für ihn die Arbeit aus einem „Fluch der Menschheit" zu ihrem Segen werden kann. Eine großzügige Organisation der Wirtschaftspsychologie kann zu einem Ausbau der Berufskunde und der Wissenschaft der Wirtschaftspsychologie führen, die in kurzer Zeit allen Schichten des Volkes eine Besserung der Lebenslage bringen muß.

Der Versuch, die Arbeitszeit zu verlängern, ist primitiv und psychologisch nicht zu verteidigen. Zur Arbeit gehören Freude und Lust. Lust nach Betätigung und Arbeit aber ist in jedem Falle der Ausdruck überschüssiger Energien. Hat der deutsche Arbeiter diese? Ausgemergelt und abgemagert muß er mit seinen Kräften sparen. Wie man mit einem bestimmten Kohlenvorrat eine Maschine statt 8 Stunden etwa 12 Stunden heizen kann, ohne daß dadurch die nutzbare Leistung der Maschine um ein Drittel, ja überhaupt verbessert würde, so muß auch der Arbeiter seinen durch die Nahrung repräsentierten Energievorrat auf die Arbeitszeit verteilen. Er wird also notgedrungen und unabhängig von seinem Willen die bisher auf 8 Stunden verteilte Arbeitsenergie durch Verlangsamung des Arbeitsrhythmus auf die von ihm verlangte längere Arbeitszeit verteilen. Die Mehrleistung wird daher quantitativ in keinem Verhältnis zu den Widerständen stehen, die man psychologisch zu überwinden hätte. Auf die Qualität der Leistung aber müßte die Wirkung nur ungünstig sein, denn wie jeder andere Mensch will auch der Arbeiter etwas von seinem Tage haben. Auch er ist Mensch, auch er will einige Stunden des Tages ruhen und sich mit seinen Wünschen und mit seiner Familie beschäftigen. Auch er will Mensch sein und leben. Ein Leben, verbracht in konstitutionsfeindlicher Arbeit, muß verbittern, wenn es nur gelebt wird für diese Arbeit, wenn die Freizeit nur dazu dient, um die verbrauchten Energien zu ersetzen.

Der Achtstundentag ist eine Kulturtat; es ist unwürdig, den Menschen zu einem Arbeitstier zu degradieren, es ist unwürdiger, dies zu versuchen, bevor nicht die letzten anderen Mittel versucht wurden; es ist schmachvoll, dies erzwingen zu wollen, wenn andere bessere, wirksamere Mittel zur Produktionssteigerung zur Verfügung stehen.

Unternehmerwünsche.

Generalangriff der „Api"-Verbände auf die 48-Stunden-Woche.

In den ersten Januartagen haben die „Api"-Verbände unter Berufung auf den § 12 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 die Bestimmungen des Reichstarifs, die sich auf die Arbeitszeit beziehen, gekündigt. Das Recht zur Kündigung der betreffenden Tarifbestimmungen auf Grund des angezogenen Paragraphen bestreiten wir. Aber abgesehen davon hatten die Arbeitgeber eine Frist von 30 Tagen, um mit uns in Verhandlungen über eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit einzutreten. Diese Frist haben nun aber die Herren aus der papierverarbeitenden Industrie nicht verstreichen lassen können; sie benutzten die erste sich bietende Gelegenheit zu einem entschiedenen Vorstoß. Das Vorgehen vieler anderer Unternehmergruppen, insbesondere das des Deutschen Buchdruckervereins, hat die Herrschaften wahrscheinlich nicht ruhig schlafen lassen, und so hatten sie sich denn entschlossen, bei der nächstbesten Gelegenheit ebenfalls einen Sturmangriff zu unternehmen. Da sie, wie wir bereits in Nr. 43 des letzten Jahrgangs der „Buchbinder-Zeitung" berichteten, bereits schon einmal einen scharfen Vorstoß unternommen hatten, waren sie diesmal dazu übergegangen, auf breitester Grundlage unter Einsetzung aller verfügbaren Kräfte gegen die Position Arbeitszeit anzurennen.

Für den 7. Januar hatte man unsere Vertreter zu Lohnverhandlungen eingeladen. Neben zahlreichen Berliner Unternehmern waren auch die übrigen Bezirke zahlreich vertreten. Unternehmer aus Hannover, Stuttgart, Dortmund, Elberfeld, Bielefeld, Heilbronn, Grünstadt und andere wollten es sich nicht nehmen lassen, bei dieser großen Aktion dabeigewesen zu sein. Nicht wie es sonst üblich und Brauch ist, daß zunächst der Vertretung der Arbeiterschaft das Wort gegeben wurde zum Vortrag und zur Begründung ihrer Forderung, Herr Dr. Feldgen eröffnete selbst das Bombardement, indem er erklärte, daß heute der Tag gekommen ist, in dem die Arbeitgeberschaft an der Reihe sei, ihre Wünsche der Gewerkschaft vorzutragen. Nachdem man in der ganzen deutschen Wirtschaft dazu übergehe, sich in bezug auf die Arbeitszeit umzustellen, könne die papierverarbeitende Industrie damit nicht zurückhalten. Die 54stündige Arbeitszeit bzw. die Arbeitszeit der Vorkriegszeit müsse nunmehr unter allen Umständen zur Wiedereinführung kommen. Daß damit auch gleichzeitig ein erheblicher Abbau der Löhne stattfinden müsse, sei eine glatte Selbstverständlichkeit. In derselben Weise wie das erstemal entwickelte Herr Dr. Feldgen mit großem Pathos sein Programm.

Wir können es uns ersparen, all das Vorgetragene wiederzugeben, es waren dieselben Gedankengänge, die unsere Mitglieder nun doch schon bis zum Ueberdruß von allen anderen Unternehmervereinigungen gehört haben.

Unsere Vertreter nahmen zunächst die Darlegungen mit eiserner Ruhe zur Kenntnis, sie haben aber dann den Unternehmern die Antwort erteilt, die in solchem Falle gebührt. Man hat den Herrschaften nichts geschenkt und ihnen in der gleichen Schärfe das Verwerfliche ihrer Forderung vor Augen gehalten. Noch einmal, wie schon so oft, wurde den Unternehmern vorgetragen, wie es zurzeit im Haushalt des Arbeiters aussieht. Es wurde ihnen die Frage vorgelegt, wie denn eigentlich ein Familienvater seinen

Verpflichtungen nachkommen solle bei nur 25 Mark Spitzenlohn? Wie denn draußen im Lande in den niederen Ortsklassen bei wesentlich niedrigeren Lohnsätzen sich unsere Mitglieder arbeitsfähig erhalten können? Wie kann man angesichts dieser Sachlage noch von einem Lohnabbau reden? Unsere Vertreter haben scharf betont, daß für sie nur ein Lohnaufbau in Frage käme, und daß sie die Zeit für verschwendet halten, die aufgewendet würde zu einer Diskussion über Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau.

Auf diese bündige Stellungnahme gaben sodann nach langer Sonderberatung die Unternehmer nachstehende Erklärung ab:

„Da die Verhandlungen über Arbeitszeit und Lohn zu einer Einigung nicht geführt haben, ist von den beteiligten Arbeitgeberverbänden beschlossen worden, mit Gültigkeit ab 3. Januar 1924 den am 3. Dezember 1923 infolge der damaligen Teuerung für die Zeit vom 6. Dezember 1923 bis 2. Januar 1924 vereinbarten Ausgleichszuschlag von 30 Proz. in Wegfall kommen zu lassen.

Der Spitzenlohn in Ortsklasse I beträgt demnach mit Wirkung ab 3. Januar 1924 wieder 40 Pf., und im übrigen gilt die mit Rundschreiben vom 17. November 1923 übersandte Goldlohntabelle."

Damit waren die Verhandlungen gescheitert, nachdem noch unsererseits erklärt wurde, daß in bezug auf die Lohnfrage wir das Reichsarbeitsministerium um eine Entscheidung anrufen würden.

Diese Entscheidung vermochten die Unternehmer anscheinend nicht abzuwarten, denn aus einigen Orten wurde uns berichtet, daß einzelne Betriebsinhaber auf Anweisung der Geschäftsstelle des „Api" bereits Ankündigungen an die Belegschaften im Sinne der vorstehenden Unternehmererklärung haben ergehen lassen. Während der Drucklegung dieser Nummer finden die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium statt, von denen erwartet wird, daß sie nichts bringen werden, was unsere an sich schon jammervolle Entlohnung noch mehr verschlechtert.

* * *

Auch der VDB. für Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau.

Am 9. Januar fanden in Berlin Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer über die Lohnfrage statt, bei denen ebenfalls gleich zu Beginn die Kündigung der tariflichen Bestimmungen über die Arbeitszeit ausgesprochen wurde. Auch hier ist den Unternehmern kein Zweifel darüber gelassen worden, daß diese Kündigung im Widerspruch stehe mit den klaren Bestimmungen der Verordnung vom 21. Dezember v. J. In bezug auf den Lohn verlangte auch der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer einen erheblichen Abbau, und zwar sollte der Spitzenlohn gleichfalls wie bei den „Api"-Verbänden auf 40 Pf. herabgesetzt werden. Diese undiskutable Forderung führte zu einem Abbruch der Verhandlungen, bei dem die Unternehmervertreter erklärten, den Spitzenlohn auch für ihre Betriebe anerkennen zu wollen, der vom Reichsarbeitsministerium für den „Api"-Vertrag festgelegt werde.

* * *

Und der Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten schließt sich nicht aus.

Wo alles liebt, da kann der Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten allein nicht hassen. Auch er hat sich dem Bund der Stürmer gegen den Achtstundentag und für Lohnabbau angeschlossen. Mit dem ZDK. fanden am 10. Januar gleichfalls Lohnverhandlungen statt, die dasselbe Bild zeigten wie die mit den anderen Verbänden. Verlängerung der Arbeitszeit zur Hebung der Wirtschaft, Lohnabbau zur Belebung der Produktion und wie alle die schönen Redensarten heißen, von denen die Unternehmervertreter so viele auf Lager haben. Selbstverständlich konnte auch hier keine Rede davon sein, daß auf die Unternehmerwünsche eingegangen werden konnte und so mußten auch diese Verhandlungen resultatlos ausgehen. Das Reichsarbeitsministerium wird sich umgehend mit dem Streitfall beschäftigen und entscheiden, was in bezug auf den Lohn in der Kartonnagenindustrie rechtens sein soll.

* * *

Der Deutsche Buchdruckerverein kündigt unseren Mitgliedern.

Aus einer ganzen Anzahl unserer Verwaltungsstellen wird uns berichtet, daß die Buchdruckunternehmer in Beachtung der Anweisung ihrer Zentrale auch unseren Mitgliedern das Arbeitsverhältnis aufgekündigt haben. Damit tritt ein, was wir in unserer letzten Nummer als wahrscheinlich hinstellten, daß nämlich durch die Bewegung im Buchdruck auch unsere Mitglieder in erheblichem Maße in Mitleidenschaft gezogen werden. In mehreren Verwaltungsstellen sind unsere sämtlichen Mitglieder von der Kündigung betroffen worden. Im Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, finden auf neutralem Boden — wenn man in der Arbeitszeitfrage das Reichsarbeitsministerium noch als neutral ansprechen kann — erneut zwischen den Buchdruckunternehmern und dem Verband der Deutschen Buchdrucker Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts statt, über deren Ausgang wir sofort nach Bekanntwerden des Resultats berichten werden.

Beitragssperre.

Die höchst bedauerlichen Zustände in unserer Zahlstelle Berlin haben zur Anwendung eines neuen „gewerkschaftlichen" Kampfmittels geführt, das sich allerdings nicht gegen unsere natürlichen Klassengegner, die Unternehmer, richtet, dessen vergiftete Pfeilspitze vielmehr ins Herz der eigenen Organisation gestoßen wird. In systematischer, wohl organisierter Weise wird hier für eine Beitragssperre Propaganda gemacht zu dem Zweck, auf die Entscheidungen unserer Verbandskörperschaften einen bestimmenden Einfluß auszuüben.

Die Urheber und Organisatoren dieser Beitragssperre sind in den Kreisen der neun Ausgeschlossenen und deren engerem Anhang zu suchen. Mit dieser Beitragssperre soll erreicht werden, daß die Haltung unserer Verbandsleitung gegenüber dem organisationsschädigenden Treiben der Ausgeschlossenen und deren Freunde eine nachsichtigere wird, daß der Ausschluß der Neun rückgängig gemacht und auch sonst noch allerlei getan wird, was die Ausgeschlossenen und deren Anhang wünschen und was einer vollen Kapitulation der Verbandsleitung vor diesen gleichkäme. Man rechnet damit, daß man mit einer Vorenthaltung der Verbandsbeiträge im gegenwärtigen Augenblick die Organisation so schwer treffe, daß deren Leitung sich dem Willen der Ausgeschlossenen bedingungslos fügen werde.

Mit dieser Annahme hat man sich allerdings stark verrechnet, wie man überhaupt aus überschlauer Taktik das Nächstliegende in diesem Falle nicht zu sehen scheint, nämlich das Ausscheiden aller derjenigen aus unserem Verbande, die die Pflicht zur Leistung von Beiträgen an die Organisation nicht mehr anerkennen wollen. Unser Verbandsstatut bestimmt ausdrücklichst, daß der wöchentliche Beitrag im voraus zu entrichten ist (§ 7 Abs. 1) und daß als Bescheinigung geleisteter Wochenbeiträge unsere Quittungsmarken dienen. Nur durch eingeklebte Marken belegte Beiträge gelten als bezahlt. Wer also dem Verbande die Beiträge sperrt, sie nicht an die von der Organisationsleitung hierzu bestimmten Stellen abführt, der bezeugt durch dieses Verhalten, daß er bewußt dem Verband die Mittel zur Fortführung seiner Aufgaben entziehen will. Und diese Willensäußerung ist gleichbedeutend mit einem Ausscheiden aus der Organisation, ganz gleichgültig zunächst, welches die Motive zu der Beitragssperre auch sein mögen.

Mancher stützt sich darauf, daß er mit seinen Beiträgen sechs Wochen im Rückstand sein dürfe, ehe das statutarische Recht des Ausschlusses gegen ihn angewandt werden könne. Auch diese Anschauung ist falsch: Nirgends in unseren Organisationen wird ein Recht auf Beitragsrückstände anerkannt. Nur im Falle wirtschaftlichen Notstandes kann im Einzelfalle eine gewisse Nachsicht geübt werden. Hiervon aber kann keine Rede sein dort, wo es sich um eine absichtlich und bewußt gewollte Schädigung des Verbandes handelt. Durch die Bestimmung, daß der Beitrag im voraus zu entrichten ist, wird gesagt, was Rechtens sein soll. Wer demnach durch praktische Ausübung der Beitragssperre oder durch Propaganda für diese dem Verbande die Mittel zur Ausübung seiner Tätigkeit entzieht, der stellt sich selbst außerhalb des Verbandes. So ist die klare Sachlage.

Erschwerend kommt für die Bewertung der Beitragssperre in Berlin hinzu, daß die Propaganda und die Organisation der Beitragssperre ausgeht von den Ausgeschlossenen, die ihre organisationsschädigende Haltung auch noch als „rettende Tat für unsern Verband" hinstellten. Mitglieder des Verbandes, die so auf Gedeih und Verderb mit den Ausgeschlossenen verbunden sind, daß sie willenlos deren Anordnungen folgen, sollten sich wohl recht reiflich überlegen, was sie tun wollen; sie sollten sich auch klar darüber sein, daß durch eine Beitragssperre unmöglich der Druck auf die Verbandsleitung so groß sein kann, um diese zu Handlungen gegen die eigene Ueberzeugung und das Verantwortungsgefühl zu zwingen.

Nun sagt man zwar auch, daß man nicht daran denke, die Beiträge dem Verbande vorenthalten zu wollen. Der Verband solle die Beiträge bekommen, allerdings erst dann, wenn den Wünschen der an der Sperre Beteiligten von der Verbandsleitung Rechnung getragen worden sei. In der Zwischenzeit sollen die einkassierten Beiträge irgendwo deponiert werden. Das ändert am oben dargestellten Sachverhalt durchaus nichts. Die einzigste Stelle zur Entgegennahme unserer Beiträge ist und bleibt unser Verband selbst und die von ihm rechtmäßig dazu Beauftragten. Andere Stellen kennt unsere Organisation nicht und braucht sie auch nicht.

Ein nicht kleiner Teil unserer Mitglieder beteiligt sich unbewußt an der Beitragssperre dadurch, daß er zwar allwöchentlich seinen Beitrag an seinen Werkstubenkassierer bezahlt, sich aber im übrigen um nichts bekümmert, auch darum nicht, was mit seinen Beiträgen geschieht. Wüßte er, daß auch seine Beiträge dem Verbande vorenthalten werden, dann würde er dagegen wahrscheinlich Sturm laufen, weil er mit der Anwendung dieses „gewerkschaftlichen Kampfmittels" nicht einverstanden ist. Unzweideutig sei hier ausgesprochen, daß es eine glatte Unterschlagung von Verbandsgeldern ist, wenn diese nicht dem Verbande gegeben werden, sobald sie für diesen bestimmt sind. Wer Zweifel an der rechtmäßigen Verwendung seiner Beiträge hegt, der sollte sich von seinem Werkstubenkassierer sein Buch oder seine Karte aushändigen lassen, um selbst kontrollieren zu können, was mit seinem Beitragsgelde geschehen ist.

In vielen Fällen haben auch die „Vertrauensleute" die Herausgabe der Bücher verweigert, um zu verhindern, daß der Verband in den Besitz der für ihn bestimmten Beiträge kommt. Sie zwingen damit die Kollegen und Kolleginnen zum „Beitragsparen", zum Unorganisiertsein, ehe sie es zulassen, daß der Verband zu seinem Rechte kommt. So sehen die Helden aus, die auf ihrer Fahne angeblich die Worte stehen haben: Rettung der Gewerkschaften.

Ueberflüssig ist es, zu sagen, daß gegen diese verbandsschädigenden Elemente mit allen statutarischen Mitteln vorgegangen werden muß. Die Organisation muß sich von allen denjenigen reinigen, die sich ihr auf Schritt und Tritt in solch verwerflicher Art hindernd in den Weg stellen, wie das leider in Berlin in überreichem Maße der Fall ist. An unsere Mitglieder in Berlin aber richten wir die dringende Mahnung, sich nicht fangen zu lassen von den Sirenensängen der Ausgeschlossenen und deren Helfershelfern, denen nicht das Wohl der Arbeiterschaft am Herzen liegt, sondern Machtgelüste, die zu befriedigen sie sich aller Mittel, selbst der schäbigsten, bedienen. Im Augenblick der allergrößten Gefahr für unsere Organisationen, des einheitlichen Vorstoßes aller Unternehmerverbände zur Verlängerung der Arbeitszeit, zum Abbau der Löhne, zur Beseitigung aller sonstigen tariflichen Vergünstigungen, auch noch mit teuflischer Bosheit innere Krisen heraufzubeschwören und zu schüren und dadurch eine Verbandsleitung mit schwerem Verantwortungsgefühl zu Handlungen zu zwingen, über die das vereinte Unternehmertum seine helle Freude haben muß, ist das größte Verbrechen an der Arbeiterschaft. Dem entgegenzuwirken, sollten sich auch die Anhänger der Ausgeschlossenen entscheiden. Ueber alles das Wohl aller, nicht die fanatischen Machtgelüste einer Anzahl Schönredner und Phrasenhelden.

Löhne im In- und Ausland.

Während die Unternehmer noch bis vor wenigen Wochen den Arbeitern bei der Papiermarkrechnung mit den Million-Milliarden-Löhnen ein X für ein U vormachen konnten und die Löhne infolge der katastrophalen Markentwertung auf ein nie für möglich gehaltenes Niveau herabdrückten, haben sich die Verhältnisse seit der Stabilisierung der Mark völlig geändert. Selbst die mit Geldumrechnung unbeholfensten Arbeiter in den entlegensten Orten wissen heute, daß die ihnen in die Hand gedrückten 10 Milliarden Papiermark nur 1 Goldpfennig wert sind. Das von den Unternehmern so oft angewandte Täuschungsmanöver mit den hohen Löhnen verfängt nicht mehr nach der Einführung der Goldmarkrechnung. Aber um neue Gründe, die Berechtigung höherer Lohnforderungen zu bestreiten, sind sie nie verlegen. So versuchen unsere Unternehmer in neuerer Zeit, unsere Forderungen u. a. mit dem Hinweis abzutun, daß die durch die niedrigen Löhne in unseren Industriezweigen des Auslandes bedingte Konkurrenz ihnen verbiete, mehr zu zahlen. Da solche Behauptungen leicht aufgestellt, aber nicht sofort widerlegt werden können, nahmen wir Veranlassung, uns deswegen mit den ausländischen Bruderorganisationen in Verbindung zu setzen. Das Resultat liegt nunmehr von zehn unserer Nachbarländer vor und es zeigt, daß die Behauptungen der Unternehmer wieder mal falsch waren. Nur in Belgien und Oesterreich sind nach diesen authentischen Feststellungen die Goldmarklöhne etwas geringer als bei uns. Dagegen kommen sie in Ungarn und Jugoslawien den unseren gleich, während die der übrigen sechs Länder weit über unseren Löhnen stehen.

Im nachfolgenden geben wir eine umfassende Uebersicht der Gehilfen- und Mädchenlöhne im Buchbindergewerbe und verwandten Berufen und der Kartonnageninduftrie von 11 Ländern, und zwar in Stundenlöhnen nach der Landeswährung, sowie umgerechnet nach dem Wert unserer Goldmark:

Name des Landes	Buchbindergewerbe Stundenlöhne der Gehilfen in Landeswährung	Buchbindergewerbe Gehilfen in Goldmark	Buchbindergewerbe Arbeiterinnen in Landeswährung	Buchbindergewerbe Arbeiterinnen in Goldmark	Kartonnageninduftrie Stundenlöhne der Gehilfen in Landeswährung	Kartonnageninduftrie Gehilfen in Goldmark	Kartonnageninduftrie Arbeiterinnen in Landeswährung	Kartonnageninduftrie Arbeiterinnen in Goldmark
Deutschland	0,52 M.	0,52	0,30 M.	0,30	0,50 M.	0,50	0,32 M.	0,32
Norwegen	1,67 Kr.	1,04	1,05 Kr.	0,66	1,67 Kr.	1,04	1,01 Kr.	0,63
Dänemark	1,22 „	0,92	0,68 „	0,51	1,17 „	0,88	0,68 „	0,51
Holland	0,75 fl.	1,20	0,66 fl.	1,05	—	—	—	—
Belgien	2,41 Fr.	0,45	1,31 Fr.	0,25	—	—	—	—
Schweiz	1,50 „	1,10	0,76 „	0,56	1,41 Fr.	1,03	0,60 Fr.	0,44
Italien	4,32 L.	0,79	2,52 L.	0,46	5,35 L.	0,98	3,— L.	0,55
Tschechoslowakei	5,94 Kr.	0,74	2,77 Kr.	0,34	5,94 Kr.	0,73	2,77 Kr.	0,34
Oesterreich	7875 „	0,44	4229 „	0,25	6875 „	0,41	3229 „	0,10
Ungarn	2276 „	0,50	1354 „	0,30	2409 „	0,53	1554 „	0,30
Jugoslawien	10,42 „	0,50	—	—	—	—	—	—

Wie aus dieser Zusammenstellung ersichtlich, steht im Buchbindergewerbe Holland mit seinen Löhnen von 1,20 Goldmark für Gehilfen und 1,05 Mk. für Arbeiterinnen an der Spitze. Dann folgt die Schweiz mit 1,10 Mk. für Gehilfen und Norwegen mit 1,04 Mk. usw., während Deutschland mit seinen 0,52 Mk. erst an siebenter Stelle steht. In der Kartonnageninduftrie rückt Deutschland mit seinen Löhnen sogar an die vorletzte Stelle. Hieraus geht zur Evidenz hervor, daß auch das Gerede von den geringeren Löhnen des Auslandes ganz haltlos ist. Das Ergebnis der Umfrage zeigt, daß Deutschland mit seinen Löhnen noch immer weit hinter den anderen Ländern zurücksteht. Denn der Vergleich der Löhne in Goldmark kann nur allein als Maßstab für die billigere Produktion bzw. Kalkulation angelegt werden. Die Kaufkraft dieser verschiedenen Goldmarklöhne in den jeweiligen Ländern kommt hierbei nicht in Frage. Diese hat nur Bedeutung für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft selbst, nicht aber auch für die Kalkulation der Waren. Um die Lohnhöhe richtig zu bewerten, muß man daher die Teuerungszahlen der einzelnen Länder mit den Stundenlöhnen in Vergleich stellen. Dieser Vergleich ist jedoch leider nicht lückenlos zu führen, da die Teuerungsziffern der einzelnen Länder verschieden aufgebaut sind. Immerhin lassen sie einen einigermaßen sicheren Schluß zu, so daß wir die neuesten Indexzahlen der verschiedenen Länder hier folgen lassen: Deutschland 113, Norwegen 230, Holland 141, Belgien 506, Schweiz 164, Italien 490, Oesterreich zirka 11 000. Für Dänemark, Tschechoslowakei und Jugoslawien waren nur Großhandelsziffern zu ermitteln, die allerdings den Teuerungsziffern ziemlich nahe kommen. Sie betrugen 207, 969 und 2265. Dividiert man die Stundenlohnsätze der einzelnen Landeswährungen mit der jeweiligen Teuerungsziffer des Landes, dann kommt man auf den ungefähren Friedenswert der Löhne. Dividiert man z. B. den holländischen Gehilfenlohn von 0,75 fl. durch die Teuerungsziffer 141, so ergibt das einen Friedenswert von 0,53 fl., d. h. also, der heutige Stundenlohn von 0,75 fl. ist gleich zu erachten einem Stundenlohn von 0,53 fl. in der Vorkriegszeit, während nach dieser Umrechnungsmethode der deutsche Spitzenlohn von 52 Pf. nach der neuesten Reichsteuerungsziffer von 115 einen Friedenswert von 46 Pf. ergibt. Auch diese Umrechnung zeigt, daß Holland und die Schweiz mit ihren Löhnen an der Spitze stehen. Es ist daher durchaus verständlich, daß in der holländischen Zuschrift bittere Klage geführt wird über die deutsche Schmutzkonkurrenz der letzten Jahre, die den Unternehmern nur möglich gewesen sei durch die niedrigen Löhne der deutschen Arbeiterschaft. Bei dieser letzteren Umrechnungsmethode zeigt sich aber auch, daß z. B. Oesterreich durchaus nicht am schlechtesten mit den Löhnen steht. Es hat danach nach der vorgenannten höchsten Teuerungsziffer, die in Wirklichkeit augenblicklich bereits erheblich niedriger sein dürfte, jetzt noch einen Lohn, der einem Friedenswert von 0,67 Kr. entspricht.

Das deutsche Massenelend

hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, an den Obersten Rat des Völkerbundes eine Denkschrift zu richten, in der auf den furchtbaren Notstand in Deutschland aufmerksam gemacht und das Eingreifen des Völkerbundes verlangt wird. In dieser Denkschrift heißt es u. a.:

Der Völkerbundsrat wird sich in seiner nächsten Tagung mit wichtigen, das Schicksal der europäischen Völker betreffenden Fragen zu beschäftigen haben, deren Behandlung für die Existenz und das Gedeihen der betreffenden Nationen von entscheidender Bedeutung sein kann.

Wir wissen, daß die in Deutschland herrschenden Zustände den Völkerbundsrat vor mannigfache Schwierigkeiten stellen, wie uns auch bekannt ist, daß der Völkerbund mit Rücksicht auf die ganze europäische Konstellation hinsichtlich der von verschiedenen Staaten gegenüber Deutschland durchgeführten Politik nur schwer intervenieren kann.

Ebenso ist uns bekannt, daß der Völkerbund, wenn er seine Machtposition stärken will, um in Zukunft seinen Einfluß zugunsten der Völker und eines friedlichen Zusammenlebens der Nationen geltend zu machen, sich in vielfacher Beziehung Reserven auferlegen muß. Wenn sich der Völkerbund jedoch in einem Augenblick wie dem gegenwärtigen mit Fragen wie der Sanierung Oesterreichs und Ungarns und ähnlichen Fragen von verhältnismäßig geringerer Bedeutung beschäftigen würde, ohne der deutschen Katastrophe seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, so würde er unzweifelhaft ein Problem vernachlässigen, dessen Auswirkungen die Existenz ganzer Völker des europäischen Festlandes bedroht und die Krise der britischen Arbeitslosigkeit verschärfen muß.

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Sanierung einiger Staaten nur eine geringe Wirkung haben kann, solange im Zentrum Europas ein Volk von 60 000 000 Menschen vom Untergang bedroht ist.

Es soll hier in keiner Weise den Ursachen nachgegangen werden, die diese Zustände hervorgerufen haben, so wenig wie wir bei dieser Gelegenheit vom Völkerbundsrat verlangen, auf eine Prüfung dieser Ursachen einzugehen.

Was wir wünschen, ist einzig und allein, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes darauf zu lenken, daß zur Zeit, als Oesterreich und Rußland von einer Hungerkatastrophe betroffen wurden, unverzüglich Aktionen eingeleitet wurden, um der darbenden und frierenden Bevölkerung dieser Länder durch Spenden an Nahrung und Kleidung zu Hilfe zu kommen. Wir gestatten uns in diesem Zusammenhang auf die großzügige Hilfsaktion des „American Relief Committee“ und auf die britische Hilfeleistung sowie auf das Hilfswerk verschiedener anderer Länder hinzuweisen, die gleichfalls zur Linderung des Elends beigetragen haben.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes war daher der Meinung, daß der Völkerbundsrat, ohne irgendwie auf eine Beurteilung der Ursachen einzugehen, die zu dem heutigen Zustand geführt haben, vielleicht die Initiative ergreifen könnte, um eine allgemeine Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Bevölkerung Deutschlands in die Wege zu leiten. Wir sind auch überzeugt, daß, wenn der Völkerbundsrat in diesem Sinne einen Aufruf beschließt, der sich nicht allein an die Mitgliedstaaten des Völkerbundes, sondern auch an jene Nationen wendet, die zu unserem Bedauern noch nicht dem Völkerbund beigetreten sind, auch die letzteren diesem Aufruf Folge leisten und an dem Hilfswerk nach Kräften teilnehmen werden.

Aus allen diesen Gründen wenden wir uns an den Völkerbundsrat mit dem Ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung Maßnahmen in Erwägung ziehen zu wollen, die ermöglichen könnten, das deutsche Volk vor dem völligen materiellen Zusammenbruch zu bewahren, das Fortschreiten der Demoralisation weiter Volksschichten zu verhüten und die heranwachsende Generation, die bei einem Andauern des katastrophalen Zustandes auf Jahrzehnte hinaus dem physischen Verfall preisgegeben wäre, zu stärken und damit die Gefahr einer Verschärfung der Krisis der Weltproduktion zu verhindern.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes spricht im Namen fast aller organisierten Arbeiter Europas und eines großen Teiles der organisierten Arbeiter der anderen Weltteile die Hoffnung und Erwartung aus, daß der Völkerbundsrat binnen kurzem eingreifen und dem notleidenden deutschen Volke Hilfe bringen wird.

Achtstundentag und Alkoholverbrauch.

(I. G. B.) Eine immer wiederkehrende Einwendung gegen den Achtstundentag ist die Behauptung, daß die Vermehrung der freien Stunden die Arbeiterschaft zu stärkerem Alkoholgenuß verleite. Die Ausstreuung solcher Behauptungen geht zumeist von denselben Kreisen aus, welche durch Wissenschaft und Presse den Alkoholkonsum als für die Gesundheit förderlich propagieren. Schon diese Tatsache allein läßt deutlich die Unwahrhaftigkeit dieses Arguments erkennen. Nicht der Bewahrung der Arbeiterschaft vor Alkoholismus dient es, sondern der moralischen Unterminierung des Achtstundentages.

Die Behauptung steht aber auch in schroffstem Widerspruch zu den Tatsachen selbst. Gerade in diesen Tagen hat das französische Arbeitsministerium eine Enquete fertiggestellt, die der Verwendung nachgeht, welche die Arbeiter in Frankreich von der durch Einführung des Achtstundentages vermehrten freien Zeit machen. Hierin wird auch der Zusammenhang zwischen Achtstundentag und Alkoholverbrauch eingehend behandelt. Die Enquete kommt in diesem Hinblick zu Ergebnissen, welche die Arbeiterschaft nur ermutigen können. Der Alkoholverbrauch ist beträchtlich zurückgegangen und zwar weit über das Maß hinaus, das durch die Verteuerung der Getränke bedingt ist.

„Die eingezogenen Erhebungen“, so heißt es in dem Bericht, „erhärten die fiskalischen und gerichtlichen Statistiken und beweisen, daß ein wirklicher Rückgang des Alkoholismus in der Arbeiterbevölkerung besteht.“

Mit dieser Feststellung stimmt die Erfahrung eines französischen Arztes überein, der kürzlich zu Studienzwecken in einer großen Fabrik des Seinebezirks in Arbeit getreten ist und mehrere Wochen hindurch das Leben eines Arbeiters geführt hat. In seinem Bericht, der ebenfalls in der Enquete enthalten ist, erklärt er u. a.:

„Es scheint nicht, daß die freien Stunden und das Geld durch die Kneipe verschlungen werden. Die Schankwirtschaften vermehren sich zwar sehr, aber es wird viel weniger als vor dem Krieg konsumiert, und es scheint auch, daß sie viel weniger besucht sind.“

Von der heutigen Arbeiterschaft entwirft der französische Arzt folgendes Bild:

„Ein großer Wunsch nach Arbeit und Sicherheit. Viel Ernst, viel Geduld und Mäßigung. Starke Rückternheit und endlich die Erwartung endgültiger und wirklich befreiender Lösungen: das ist es, was wir festgestellt haben.“

Es ist nicht zu bezweifeln, daß objektive Untersuchungen auch in allen anderen Ländern zu gleichen Ergebnissen führen würden wie in Frankreich. Ueberall würde sich bestätigen, daß der Achtstundentag nicht nur all die schädlichen kulturellen Folgen, welche ihm seine Gegner andichten, nicht besitzt, sondern daß er im Gegenteil von größerer Bedeutung für den kulturellen Fortschritt und den Aufstieg der Menschheit überhaupt ist.

Sterbetafel.

Seit der letzten Veröffentlichung sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet:

Barmen-Elberfeld. Maria Wille, 56 Jahre, Magen- und Darmkatarrh.
Berlin. Karl Meier, Kartonnagenarbeiter, 48 Jahre, Wassersucht.
— Kunigunde Meißner, Buchbindereiarbeiterin, 40 Jahre, Blutkrankheit.
— Josefine Gehm, Buchbindereiarbeiterin, 46 Jahre, Operation.
— Gustav Strauß, Buchbinder, 75 Jahre, Herzschlag.
— Frieda Zeidler, Buchbindereiarbeiterin, Lungentuberkulose.
— Richard Schönfeld, Presser, 26 Jahre, Lungenleiden.
— Anna Rokenbeck, Buchbindereiarbeiterin, 33 Jahre, Rippenfellentzündung.
— Gertrud Blevl, Buchbindereiarbeiterin, 21 Jahre, Lungenleiden.
— Franz Töpper, Buchbinder, 47 Jahre, Nervenleiden.
— Martha Heinsch, Buchbindereiarbeiterin, 58 Jahre, Unglücksfall.
— Martha Jaeckel, Luxuspapierarbeiterin, 38 Jahre.
— Melitta Heine, Falzerin, 50 Jahre, Speiseröhrenkrebs.
— Marie Schütte, Falzerin, 63 Jahre, Nierenleiden.
— Marta Seeger, Buchbindereiarbeiterin, 44 Jahre, Blinddarmentzündung.
— Margarete Schmiedtke, Luxuspapierarbeiterin, 19 Jahre.
— Frieda Achenbach, Paginiererin, 34 Jahre.
— Marie Licklederer, Falzerin, 43 Jahre, Herzleiden.
— Erna Ibscher, Kartonnagenarbeiterin, 28 Jahre, Lungenleiden.
Dresden. Hedwig Berlin, Kartonnagenarbeiterin, 40 Jahre, Schlaganfall.
— Erna Weinhold, Papierwarenarbeiterin, 20 Jahre, Gehirngrippe.
— Erich Steglich, Kartonnagenzuschneider, 33 Jahre, Gallenblasenentzündung.
Dresden. Frieda Kneuß, Buchbindereiarbeiterin, 24 Jahre, Tuberkulose.
— Else Trümper, Kartonnagenarbeiterin, 21 Jahre, Lungenleiden.
— August Mager, Buchbinder, 27 Jahre, Lungenleiden.
— Lina Müller, Papierwarenarbeiterin, 30 Jahre, Tuberkulose.
— Helene Dietze, Buchbindereiarbeiterin, 32 Jahre, Lungenleiden.
— Frieda Reich, Kartonnagenarbeiterin, 21 Jahre, Lungenleiden.
Düsseldorf. Käthe Schenk, 17 Jahre, Herzschlag.
— Therese Aßmann, 19 Jahre, Lungentuberkulose.
Duisburg-Ruhrort. Ludwig Lang, 63 Jahre, Lungenentzündung.
— William Michel, 39 Jahre, Unglücksfall.
Frankfurt a. d. O. Karl Riemeyer, Buchbinder, 69 Jahre, Herzbeutelverkalkung.
Hannover. Frau Frieda Reichel, 28 Jahre, Lungenentzündung.
— Marie Cornetz, 19 Jahre, Betriebsunfall.
Hameln. Frau Friederike Meyer, 29 Jahre, Typhus.
Kaufbeuren. Johann Doll, Buchbinder, 52 Jahre, Rückenmarklähmung.
Limbach. Else Ullrich, 25 Jahre, Lungenentzündung.
Luckenwalde. Ernst Ilsitz, Tellerpresser, 49 Jahre, Gehirnentzündung.
Magdeburg. Emma Schine, 18 Jahre, Blinddarmoperation.
Rathenow. W. Bornsdorf, Schwindsucht.
Rüstringen-Wilhelmshaven. Fritz Siebert, Buchbinder, 31 Jahre, Magenleiden.
Stuttgart. Dorothea Gössele, 39 Jahre, Darmleiden.
— Marie Wiedemann, 45 Jahre, Lungenleiden.
— Hugo Müller, 65 Jahre, Herzleiden.

Allen ein ehrendes Andenken!

Das Deutsche Buch und das Ausland.

Von Dr. Gerhard Menz.

Die Beziehungen des deutschen Buches zum Ausland reichen bis in die ersten Anfänge des Buchhandels überhaupt zurück. In den Zeiten, als Gutenberg den Druck erfand und das Buchgewerbe entstand, sicherte ja das Latein als internationale Verkehrssprache der Gebildeten ganz Europas jedem Buch ohne weiteres eine weite internationale Verbreitungsmöglichkeit. Dem internationalen Verkehr der Humanisten über alle Grenzen der damaligen Staaten der abendländischen Kulturwelt hinweg entsprach ein ebensolcher des Buchhandels, der die Erzeugnisse der Wissenschaft und Literatur gleichfalls von Land zu Land verbreitete und allen Völkern zuführte. So hatte schon am Ende des 15. Jahrhunderts der berühmte Nürnberger Buchhändler Koberger ständig Niederlassungen in Paris, Budapest, Krakau und Lyon. Auch darin zeigt sich die internationale Verflechtung des Buchhandels schon zu jener Zeit, daß im Jahre 1484 das erste in ungarischer Sprache gedruckte Buch in Nürnberg erschien.

Frühzeitig hat auch Leipzig, das unter Ueberflügelung Frankfurts rasch zum Haupt- und Mittelpunkt des deutschen Buchhandels emporwuchs, internationale Beziehungen zum gesamten Ausland angeknüpft. Sie reichten nach Rußland, Polen, nach Schweden, Dänemark, nach Holland, England, Frankreich und der Schweiz, nach Italien, Portugal und Spanien und von dort aus bald nach den überseeischen Gebieten. Nicht immer wurden die Verbindungen nur durch berufsmäßige Buchhändler gepflegt und aufrechterhalten. Studenten waren es z. B., die die erste Vermittlung nach Siebenbürgen übernahmen, bis dort anfangs des 18. Jahrhunderts der Buchhandel selbst heimisch wurde. Kaufleute in Lübeck waren die ersten Vermittler nach den Kolonialgebieten des Baltikums, nach Reval und Riga. Je lebhafter der Verkehr wurde und je mehr der Buchhandel selbst aufblühte, desto inniger wurden Leipzigs internationale Beziehungen auch als Buchhändlerstadt. Buchhändler aus Holland, Frankreich, England usw. zählten zu regelmäßigen Besuchern der Messe. Sie legten größten Wert darauf, daß ihre Verlagserzeugnisse mit in die Meßkataloge aufgenommen wurden. Die deutschen Buchhändler wurden dann vor allem auch die Vermittler für die holländischen und französischen Druckerzeugnisse nach dem Osten Europas. Bindeglieder für die Einfügung des ausländischen Buchhandels in die Organisation des deutschen wurden die Leipziger Kommissionäre, die noch heute zahlreiche Handlungen im europäischen wie im überseeischen Ausland zu ihren Kommittenten zählen. Dank ihrer Vermittlung und dank der Vorzüglichkeit der deutschen buchhändlerischen Verkehrseinrichtung wurde diese Verbindung des ausländischen Buchhandels mit dem deutschen jenem selbst sogar zum Vorteil. So war es möglich, daß ein in Paris erschienenes und gewünschtes Buch rascher durch einen deutschen Buchhändler in Straßburg geliefert werden konnte, als durch einen solchen in Paris selbst. Für Stockholm war es lange selbstverständliche Uebung, dänische Werke über Leipzig zu beziehen. Als 1825 der Börsenverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig gegründet wurde, knüpften sich durch ihn neue Verbindungen. Bis zum Kriege zählte er auch zahlreiche Ausländer zu seinen Mitgliedern, und noch heute gilt das wenigstens für das neutrale und befreundete Ausland. Aeußerlich fanden die weltumspannenden Beziehungen des deutschen Buchhandels ihren schönsten und stolzesten Ausdruck wohl in der großen Bugra-Ausstellung in den letzten Monaten vor Ausbruch des Weltkrieges.

Selbstverständlich war es, daß sich diesen weitverzweigten, alten internationalen Beziehungen entsprechend auch der Absatz deutscher Bücher nach dem Ausland immer lebhafter entwickelte und immer weiter ausgestaltete. Die Gesamtausfuhr von Druckerzeugnissen aus Deutschland betrug im Jahre 1892: 93 107 Doppelzentner, im Jahre 1898: 126 500 Doppelzentner, im Jahre 1905: 164 780 Doppelzentner. Unter den Absatzgebieten stand an der Spitze das stammverwandte Oesterreich, das zugleich den Bücherbezug der Balkanstaaten vermittelte, dann folgten die Schweiz, Rußland, Nordamerika, England, Holland, Frankreich, Belgien, Schweden, Italien und die übrigen Staaten. Im Jahre 1913 war die reine Buchausfuhr (abgesehen von sonstigen Druckerzeugnissen, die in den obigen Ziffern mitenthalten sind) auf 146 537 Doppelzentner gestiegen. Durch den Krieg ist die Entwicklung naturgemäß jäh unterbrochen worden, nicht nur, daß jahrelang Deutschland von der übrigen Welt abgeschlossen war, unter den Folgen des Krieges ist die Kaufkraft seines früheren Hauptabnehmers, der alten Habsburger Monarchie, und auch die Rußlands so stark erschüttert und zum Teil vernichtet worden, daß dem deutschen Buchhandel hier wichtige Absatzgebiete verlorengegangen sind. Zum Glück hat er auf anderen Gebieten mehr und mehr Ersatz gefunden. Die Buchausfuhrzahlen weisen seit Wiederherstellung friedlicherer Verhältnisse wieder ständig steigende Ziffern auf. Im Jahre 1920 wurden allein im Frachtverkehr 84 575 Doppelzentner an Büchern schon wieder ins Ausland gebracht, im Jahre 1922 waren es sogar schon wieder 116 675 Doppelzentner. Diese Ziffern umfassen jedoch nur den Teil der Ausfuhr, die sich im Frachtverkehr vollzieht, hinzuzurechnen wären noch die von der Zollstatistik nicht erfaßten Sendungen, die Deutschland auf dem Postwege verlassen, der infolge der Veränderung der Verkehrsverhältnisse heute in weit stärkerem Umfange als früher benutzt wird. Die Verteilung der Buchausfuhr auf die einzelnen Länder in den Jahren 1920 und 1922 läßt die nachstehende Zusammenstellung erkennen:

	1920	1922
Niederlande	6 320	12 941
Oesterreich	18 540	22 799
Tschechoslowakei	9 308	12 980
Schweiz	20 649	14 217
V. Staaten von Amerika	4 260	6 332
Uebrige Länder	25 498	47 406

Nicht einzeln aufgeführt ist in dieser Zusammenstellung Japan, obwohl dessen Bücherbezüge in den letzten Jahren ganz besonders groß waren. Neben der Buchausfuhr spielt naturgemäß auch die Ausfuhr von Musikalien eine große Rolle.

In welchem Maße der deutsche Buchhandel seit dem Kriege wieder seine volle Leistungsfähigkeit wiedererlangt hat, geht auch aus den Produktionsziffern hervor. Im Jahre 1922 hat der deutsche Verlagsbuchhandel wieder über 35 000 Neuerscheinungen oder Neuauflagen auf den Markt gebracht und damit den Stand der Vorkriegszeit sogar überholt. Ein gutes Zeichen für den Unternehmungsgeist und den Wagemut des deutschen Buchhandels, der sich von je als Schrittmacher deutschen Geisteslebens in der ganzen Welt betrachtete. Er ist es ja, der die Ereignisse der deutschen Wissenschaft in erster Linie allen Völkern zugängig macht und nahebringt. Er ist es aber auch, der in seinen Verlagserzeugnissen der Welt und insbesondere dem Ausland einen Spiegel des deutschen Geistes- und Kunstlebens überhaupt darbietet. Durch nichts besser als durch die Erzeugnisse des deutschen Buchhandels vermag sich gerade das Ausland ein Bild von dem zu machen, was in Deutschland tatsächlich vorgeht und seine besten Geister bewegt. Dabei sei nicht vergessen, daß auch die Leistungsfähigkeit des deutschen Buchgewerbes auf solcher Höhe steht, daß schon rein äußerlich genommen die Erzeugnisse deutscher Druck- und Bindekunst geeignet sind, der Welt den Geschmack und die Leistungsfähigkeit des deutschen Kunstgewerbes vorzuführen.

Die Bestellung der „Buchbinder-Zeitung"

für **Februar** muß bis zum **23.** Januar erfolgt sein. Für später aufgegebene Bestellungen erhebt die Post besondere Nachlieferungsgebühren. An einzelnen Orten gilt der **25.**, an anderen der **27.** Januar als letzter Tag. Wer sich die Nachlieferungsgebühren sparen will, der erneuere das Abonnement sofort. Wir empfehlen dringend, die Bestellung zugleich für Monat **März** mit aufzugeben, man spart dadurch die gleiche Arbeit Ende Februar und sichert dem Herausgeber eine größere Stabilität. Vom April ab sollte die Bestellung aus dem gleichen Grunde für ein Vierteljahr erfolgen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich:

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V	VI
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Berlin	—	5		5	10	10
Dresden	5	5	5	5	10	10
Leipzig	5	5	5	10	10	10
Luckenwalde	1	2	5	5	10	10
München	—	5	5	10	10	15
Zittau	5	5	5	5	10	10

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1923 gingen bis zum 10. Januar bei der Verbandskasse ein von:

Lübeck 2850 M., Wittenberg 30 183 200 M., Gau Rheinland (f. d. Rh.) —,—, Köln 507 300 Md., Gau Thüringen 15 000 Md., Gößnitz 29 880 600 M., Gräfenthal 13 312 445 276 T., Rudolstadt 7 303 099 832 T., Tennstedt 8 895 321 M., Brandis 9 418 639 635 T., Limbach 1 290 465 T., Raschau 51 552 896 650 T., Reichenbach i. V. 17 648 148 T., Seifhennersdorf 30 M., Erlangen 208 421 300 M., Kaufbeuren 33 776 500 M.

(T. = Tausend, M. = Millionen, Md. = Milliarden.)

Adressenänderungen.

Bonn. B.: P. Lohmer, Annagraben 29. — K.: O. Kissels, Karl-Marx-Straße 33 pt.

Mainz. B.: B. Bernhard, Bretzenheim in Rheinhessen, Schulstr. 29. — K.: R. Ungerer, Mainz, Jacobsbergerstr. 3 II.

Reutlingen. B.: O. Rehm, Katharinenstr. 28. — K.: G. Richele, Alspachstr. 21.

Tennstedt. B.: E. Krumbein, Tennstedt. — K.: A. Schlichtewegs, Anger 513.

Der Verbandsvorstand.

Herausgegeben vom Verband. — Verantwortlicher Redakteur: E. Michaelis, Berlin-O. 2., Breitestr. 8/9 IV.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.